

**LAND  
SALZBURG**Legislativ- und  
Verfassungsdienst

Zahl (Bitte im Antwortschreiben anführen)

2003-BG/4/63-2016

Datum

02.12.2016

Chiemseehof

Postfach 527 | 5010 Salzburg

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das E-Government-Gesetz  
und das Zustellgesetz geändert werden (Deregulierungsgesetz 2017  
- Bundeskanzleramt); Stellungnahme

Fax +43 662 8042-2165

landeslegistik@salzburg.gv.at

Bezug: BKA-410.070/0010-I/11/2016

Mag. Thomas Feichtenschlager

Telefon +43 662 8042-2290

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum im Gegenstand bezeichneten Gesetzentwurf gibt das Amt der Salzburger Landesregierung folgende Stellungnahme bekannt:

**1. Zu Artikel 1 (Änderung des E-Government-Gesetzes):****Zu den §§ 1a und 25:**

Den Erläuterungen zum geplanten § 25 folgend impliziert ein Recht auf elektronischen Verkehr umgekehrt die Verpflichtung für das Gegenüber zur Schaffung der technischen Voraussetzungen zur elektronischen Entgegennahme oder Versendung. Bei dieser auf die Ausgestaltung der technischen Infrastruktur durch das „Gegenüber“ bezogenen Aussage handelt es sich - darin ist den Erläuterungen vollinhaltlich zuzustimmen - um eine organisationsrechtliche Fragestellung; Regelungen über die Errichtung und Ausgestaltung der technischen Vorkehrungen sind dem Organisationsrecht zuzuordnen und obliegen daher dem Träger der jeweiligen Organisationsgewalt. Die Erläuterungen betonen daher völlig zu Recht, dass „eine Verpflichtung anderer als Bundesbehörden - etwa Landesbehörden - einfachgesetzlich durch Bundesgesetz nicht möglich [ist].“

Dazu in Widerspruch steht der geplante § 1a, der den organisationsrechtlichen Ansatz, von dem der § 25 geprägt ist, verlässt und dagegen auf einen materiell-rechtlichen Ansatz abstellt, indem „jedermann in den Angelegenheiten, die in Gesetzgebung Bundessache sind, das Recht auf elektronischen Verkehr [hat].“ Damit besteht ein Recht auf elektronischen Verkehr auch in denjenigen Angelegenheiten, die zwar in Gesetzgebung Bundessache, in Vollziehung dagegen Landessache sind. Damit erfolgt aber auch ein Eingriff in die Organisationshoheit der Länder, da hier auch in den Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung eine Verpflichtung zur „Er-

[www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

Amt der Salzburger Landesregierung | Landesamtsdirektion

Postfach 527 | 5010 Salzburg | Österreich | Telefon +43 662 8042 0\* | [post@salzburg.gv.at](mailto:post@salzburg.gv.at) | DVR 0078182

richtung technischer Vorkehrungen“ festgelegt wird, die den Erläuterungen zu § 25 gerade dem Organisationsrecht zuzuordnen ist.

Um eine entsprechende Klarstellung wird ersucht.

#### **Ergänzender Vorschlag:**

Es sollten auch die erforderlichen gesetzlichen Schritte dahingehend zu setzen, dass öffentliche Bücher wie das Wasserbuch nur mehr elektronisch geführt werden müssen. Diesbezügliche Änderungen wären in den §§ 124, 125 Abs 2 und 126 Abs 3 WRG vorzunehmen.

2. Gegen die im Artikel 2 (Änderung des Zustellgesetzes) enthaltenen Änderungen bestehen keine Einwände.

Diese Stellungnahme wird der Verbindungsstelle der Bundesländer, den anderen Ämtern der Landesregierungen, dem Präsidium des Nationalrates und dem Präsidium des Bundesrates ue zur Verfügung gestellt.

Mit freundlichen Grüßen  
Für die Landesregierung  
DDr. Sebastian Huber, MBA  
Landesamtsdirektor

Amtssigniert. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur oder des elektronischen Siegels finden Sie unter [www.salzburg.gv.at/amtssignatur](http://www.salzburg.gv.at/amtssignatur)

#### **Ergeht an:**

1. Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, 1014 Wien, E-Mail
2. Amt der Burgenländischen Landesregierung, E-Mail: CC
3. Amt der Kärntner Landesregierung, E-Mail: CC
4. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, E-Mail: CC
5. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, E-Mail: CC
6. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, E-Mail: CC
7. Amt der Tiroler Landesregierung, E-Mail: CC
8. Amt der Vorarlberger Landesregierung, E-Mail: CC
9. Amt der Wiener Landesregierung , Magistratsdirektion der Stadt Wien, Geschäftsbereich Recht - Gruppe Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten, E-Mail: CC
10. Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1010 Wien, E-Mail: CC
11. Parlamentsdirektion - Abteilung L 1.6 Parlamentarische Dokumentation, Archiv und Statistik, E-Mail: CC
12. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, E-Mail: CC
13. Institut für Föderalismus, E-Mail: CC
14. Referat Zentrale Aufgaben und Strategien, Chiemseehof, Postfach 527, 5020 Salzburg, zu do Zl 20002-BG/81/2-2016, Intern
15. Fachgruppe Landesinformatik, Pfeifergasse 7, Postfach 527, 5020 Salzburg, zu do Zl 2002-105/1167-2016, Intern

16. Abteilung 7 Wasser, Michael-Pacher-Straße 36, Postfach 527, 5020 Salzburg, zu do Zl 207-60200/1/362-2016, Intern
17. Abteilung 11 Personal, Kaigasse 14, Postfach 527, 5020 Salzburg, zu do Zl 21101-M/120/1766-2016, Intern